



Haushalts- und Finanzausschuss

60. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

Zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:

Unterausschuss „Personal“ des HFA

26. Sitzung (öffentlich)

30. Oktober 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 18:25 Uhr

Vorsitz: Christian Möbius (CDU) (Vorsitzender)
Uli Hahnen (SPD) (Stellv. Vorsitzender)

Protokoll: Franz-Josef Eilting, Thilo Rörtgen

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Zur Tagesordnung **9**

Dringliche Frage **10**

Thema: Veräußerung von zwei Warhol-Werken durch WestSpiel

Frage der Piratenfraktion vom 29. Oktober 2014
(siehe Anlage zur Dringlichen Frage)

– Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 10

– Aussprache 13

¹ vertraulicher Teil mit TOP 19 bis 21 siehe vAPr 16/35

1 Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Freiheitsstrafe und zur Änderung des Jugendstrafvollzugsgesetzes in Nordrhein-Westfalen 25

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/5413

Ausschussprotokoll 16/594 (öffentliche Anhörung)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an RA)

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion, dem **Gesetzentwurf Drucksache 16/5413** unverändert **zuzustimmen**.

2 Landesregierung darf Evaluierung und Novellierung des Konnexitätsausführungsgesetzes nicht weiter verschleppen 26

Antrag
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/4829

Ausschussprotokoll 16/631 (öffentliche Anhörung)

– Abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an AKo)

Der Haushalts- und Finanzausschuss **empfiehlt** dem federführenden Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP bei Stimmenthaltung der Piratenfraktion, den **Antrag Drucksache 16/4829 abzulehnen**.

3 Gesetz zur Änderung des Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetzes 2013/2014 Nordrhein-Westfalen 27

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6688

Ausschussprotokoll 16/684 (öffentliche Anhörung)

Vorlage 16/2353

- Auswertung der Anhörung vom 21.10.2014
- Abschließende Beratung und Abstimmung

Der **Unterausschuss „Personal“ empfiehlt** dem HFA mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion, den **Gesetzesentwurf Drucksache 16/6688** unverändert **anzunehmen**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP und der Piraten bei Enthaltung der CDU-Fraktion, den **Gesetzesentwurf Drucksache 16/6688** unverändert **anzunehmen**.

4 **Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Nachtragshaushaltsgesetz 2014)**

59

Gesetzesentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6700

Ausschussprotokoll 16/685 (Anhörung des UA „Personal“)
Ausschussprotokoll 16/691 (Anhörung des HFA)

- Auswertung der Anhörungen
- Abschließende Beratung und Abstimmung

Der **Unterausschuss „Personal“ empfiehlt** dem HFA mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Personaletat** des Nachtragshaushaltsgesetzesentwurfs 2014 unverändert **anzunehmen**.

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Nachtragshaushaltsgesetzesentwurf Drucksache 16/6700** unverändert **anzunehmen**.

- 5 Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 2. Quartal des Haushaltsjahres 2014** **64**
- Vorlage 16/2265
- Der Ausschuss **empfiehlt** dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, die mit Vorlage 16/2265 beantragte **Genehmigung zu erteilen.**
- 6 Bericht zum Landeshaushalt 30. September 2014** **65**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2341
- Ergänzende Fragen werden von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans beantwortet.
- 7 Steuerausfälle aufgrund von Einbußen im Energiesektor** **68**
- Bericht des Finanzministers
Vorlage 16/2352
- Dr. Marcus Optendrenk (CDU) erbittet zu der Fragestellung eine neue Vorlage des Finanzministers.
- 8 Steuereinnahmen aus Steuerhinterziehung** **72**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2330
- Kurze Aussprache.
- 9 Sparpotential bei der Bad Bank Erste Abwicklungsanstalt (EAA) durch Einführung des Bundesratings: Gesprächsstand zwischen Land und Bund, rechtliche Hindernisse sowie aktualisierte Berechnung der Vorteilhaftigkeit** **74**
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2346
- StS Dr. Rüdiger Messal (FM) beantwortet ergänzende Fragen von Ralf Witzel (FDP).

- 10 Outsourcing der Personalverwaltung und Ruhestandsbetreuung der Pensionäre und Rentenempfänger der WestLB/Portigon AG an den US-Dienstleister MERCER** 77
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2331
- Ergänzende Fragen von Ralf Witzel (FDP) werden von LMR Joachim Stapf (FM) beantwortet.
- 11 Gutachten des BLB zur Nachverfolgung rechtlicher Ansprüche aus dubiosen Liegenschaftsgeschäften im Fall der Domgärten** 79
- Zu Fragen aus dem Ausschuss nimmt das Finanzministerium Stellung.
- 12 Schwarzarbeit und andere Rechtsverstöße bei Bauprojekten des landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB)** 82
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2342
- Kurze Aussprache.
- 13 Öffentliche Kritik an „Luxuspensionen“ für nordrhein-westfälische Sparkassenvorstände: Sachstandsbericht zum Duisburger Fall, vergleichbare landesweite Vorkommnisse und einschlägige Verbänderempfehlungen für Vorstandsverträge** 84
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2332
- Zu Fragen von Ralf Witzel (FDP) nimmt das Finanzministerium Stellung. FDP- und Piratenfraktion erbitten die Zuleitung der Empfehlungen der Sparkassenverbände für Vorstandsverträge.

- 14 Zustimmung des Landtags gemäß § 64 Abs. 2 LHO zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW (BLB NRW) 88**
- unbebautes Grundstück in Duisburg –
- Vorlage 16/2312
- Mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag, **in die Veräußerung** gemäß Vorlage 16/2312 **einzuwilligen.**
- 15 Großrazzia der nordrhein-westfälischen Steuerfahndung auf Grund zweifelhafter Cum-Ex-Geschäfte 89**
- Bericht des Finanzministeriums
- Bericht von Minister Dr. Norbert Walter-Borjans (FM) 89
- Aussprache 89
- 16 Zukünftige Anwendung einer Registrierkassenpflicht auf nordrhein-westfälischen Trödelmärkten 91**
- Bericht des Finanzministeriums
- Der Ausschuss nimmt kurze Berichte von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans und MDgt Dr. Steffen Neumann (FM) entgegen.
- 17 Anhaltende öffentliche Debatte über die zukünftigen beruflichen Planungen des Finanzministers 93**
- Bericht des Finanzministers
- Bericht von Finanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans 93
- Aussprache 93
- 18 Verschiedenes 95**

18a Über- und außerplanmäßige Ausgaben im 1. Quartal des Haushaltsjahres 2014**96**

Vorlage 16/2079

Mit den Stimmen von SPD und Grünen bei Stimmenthaltung von CDU, FDP und Piraten **empfiehlt** der Ausschuss dem Landtag, die über- und außerplanmäßigen Ausgaben im 1. Quartal des Haushaltsjahres 2014 **zu genehmigen**.

* * *

Haushalts- und Finanzausschuss (60.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:
Unterausschuss „Personal“ des HFA (26.)

30.10.2014

ei-jo

4 Gesetz über die Feststellung eines Nachtrags zum Haushaltsplan des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Nachtragshaushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6700

Ausschussprotokoll 16/685 (Anhörung des UA „Personal“)
Ausschussprotokoll 16/691 (Anhörung des HFA)

- Auswertung der Anhörungen
- Abschließende Beratung und Abstimmung

Vorsitzender Christian Möbius stellt fest, auch bei diesem am 10. September 2014 vom Plenum überwiesenen Gesetzentwurf sei der Unterausschuss „Personal“ beteiligt, weshalb auch dieser Punkt in gemeinsamer Sitzung mit ihm beraten werde.

Am 21. Oktober 2014 habe der Unterausschuss „Personal“ seine Anhörung zum Personaletat durchgeführt; das Wortprotokoll liege als Ausschussprotokoll 16/685 vor. Der HFA habe seine Anhörung dazu am 23. Oktober durchgeführt; das Wortprotokoll darüber liege als Ausschussprotokoll 16/691 ebenfalls vor.

Für heute sei zunächst die Auswertung beider Anhörungen vorgesehen. Er schlage vor, diese mit der abschließenden Beratung zu verbinden.

Der Vollständigkeit halber weise er noch darauf hin, dass der Unterausschuss „Landesbetriebe und Sondervermögen“ in seiner gestrigen Sitzung auf die Abgabe eines Votums zum Nachtragshaushaltsgesetzentwurf verzichtet habe.

Änderungsanträge lägen derzeit nicht vor.

Dr. Marcus Optendrenk (CDU) führt aus, die Notwendigkeit dieses Nachtragshaushalts resultiere zum einen aus dem Urteil über die Beamtenbesoldung und zum anderen – das sei mindestens genauso wichtig – aus der erforderlichen Korrektur der Steuereinnahmenansätze und der Kreditermächtigung für das Jahr 2014.

In der Anhörung habe das RWI deutlich gemacht, dass sich die Frage, ob eine vorsichtigere Einnahmeplanung für 2014 angebracht gewesen wäre, schon nach der Steuerschätzung vom November 2013 eindeutig gestellt habe, weil zu dem Zeitpunkt bereits ein um 2,1 % niedrigerer Steuereinnahmewachstum erwartet worden sei.

Das Zweite, was das IW Köln in der Anhörung zum Ausdruck gebracht habe, sei, dass man über die Einnahmenseite und die Ausgabenseite des Haushalts nicht nur so diskutieren sollte, wie der Finanzminister es gerne darstelle, sondern dass das Land Nordrhein-Westfalen auch selbst einiges tun könne. Zwar setze sich die CDU-Fraktion gemeinsam mit dem Finanzminister dafür ein, dass eine faire Finanzausstattung des Landes in den entsprechenden Verhandlungen erreicht werde; wenn aber

Haushalts- und Finanzausschuss (60.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:
Unterausschuss „Personal“ des HFA (26.)

30.10.2014

ei-jo

deutlich werde, dass sich die Wirtschaftskraft des Landes auch im ersten Halbjahr 2014 im Vergleich zum Bundesdurchschnitt wieder negativ entwickelt habe, komme man nicht daran vorbei, das Mantra vom tiefgreifenden Strukturwandel, das der Finanzminister ständig bemühe, auch zu gestalten. Die Landesregierung könnte zum Beispiel daran denken, die Wirtschaftskraft durch entsprechende Rahmenbedingungen zu stimulieren, statt sie durch bestimmte Maßnahmen zu strangulieren und Menschen zu entmutigen. Wenn die Rahmenbedingungen so seien, dass Unternehmer eher aus Nordrhein-Westfalen weggingen, als hier eine Start-up-Förderung in Anspruch zu nehmen, sei das für die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens ein großes Problem.

Von daher wünsche er sich, Überlegungen anzustellen, ob man nicht aus dem Landtag heraus Impulse für Wirtschaftswachstum gemeinsam generieren könne und statt des bevormundenden den die Bürger stimulierenden Staat betreibe. Selbst wenn Nordrhein-Westfalen von anderen mehr Geld bekomme, Steuererhöhungen beschließe und sich an die Ausgaben heranmache – im Kern gehe es doch darum, Wachstumsimpulse zu setzen und so ein Plus zu erzielen. Eine Umverteilung generiere auf Dauer nicht den Wohlstand, den alle wollten; denn irgendwann seien alle Kuchenstücke verteilt, und es müsse ein „dynamischer Gärungsprozess“ entstehen. Nur darüber zu klagen, dass die Wirtschaftskraft zurückgehe und man von anderen mehr brauche, sei zu wenig.

Im Ergebnis habe der Finanzminister einen Konsolidierungspfad bis 2020 nur auf dem Papier stehen. Es sei zwar formal richtig, dass die Landesregierung nicht jeden Monat eine neue Finanzplanung erstellen müsse; es wäre aber schön, wenn sie ein konsolidiertes Zahlenwerk in Form einer Tabelle übermitteln würde, aus dem hervorgehe, was der Nachtragshaushalt 2014 und der Haushaltsentwurf 2015 auf Basis der höheren Neuverschuldung für den Konsolidierungspfad bis 2020 unter welchen Annahmen – auch konjunkturellen Annahmen – bedeute.

Von daher habe die CDU-Fraktion wenig Zutrauen, dass die Landesregierung auf dem richtigen Weg sei, und werde den Nachtragshaushaltsentwurf ablehnen.

Auch die FDP-Fraktion werde ablehnen, stellt **Ralf Witzel (FDP)** fest.

Aus der HFA-Anhörung wolle er zwei Punkte aufgreifen. Ein Aspekt seien die Steueransatzplanungen des Finanzministers. Die Frage sei, ob aufgrund der vorliegenden Konjunkturindikatoren und nach dem, was er selbst beispielsweise zur Energiewirtschaft vorgetragen habe, die Steuereinnahmenansätze nicht zu optimistisch gewesen seien und auf der anderen Seite die Personalausgabenansätze in dem Wissen, dass das Verfahren vor dem Verfassungsgericht laufe, nicht unrealistisch niedrig angesetzt worden seien. Prof. Döhrn habe das eindeutige Fazit gezogen, dass die Landesregierung bei der Aufstellung des Haushalts bei diesen Ansätzen zu optimistisch gewesen sei. Vielleicht habe Wunschdenken bei der Einnahmenseite und eine zu geringe Sorgfalt bei der Ausgabenseite mit eine Rolle dafür gespielt, dass jetzt ein Nachtragshaushaltsentwurf mit diesem Volumen vorgelegt werde.

Haushalts- und Finanzausschuss (60.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:
Unterausschuss „Personal“ des HFA (26.)

30.10.2014

ei-jo

Der zweite Aspekt betreffe die mittelfristige Finanzplanung. Diese könne man sicherlich nicht im Monatsrhythmus ändern. Hier gebe es aber grundlegend andere Faktoren, weil sich die Sockelwerte der Besoldung geändert hätten, was sich auch bei der prozentualen Entwicklung in den kommenden Jahren niederschlagen werde. Insofern gebe es also strukturell größere Belastungen und zugleich die Einschätzung – auch des Finanzministers selber –, dass nicht in allen Branchen mit weiterhin sprudelnden Steuerquellen zu rechnen sei.

Für ihn leite sich daraus zum einen die Frage ab, ob es nicht der Seriosität halber erforderlich sei, bei der mittelfristigen Finanzplanung nachzusteuern. Zum anderen frage sich, wie der Finanzminister dem größer werdenden Druck begegne, was die Einhaltung der Schuldenbremse im Jahr 2020 angehe. Die sogenannten Nachhaltigkeitsberichte der Landesregierung zeigten auf, dass selbst bei normalem Verlauf eine Lücke bestehe und noch Hausaufgaben zu machen seien. Der Druck werde selbstverständlich größer, wenn es konjunkturelle Schwierigkeiten gebe. Experten sähen hier eine Lücke von bis zu 1 Milliarde €, und bis jetzt sei nicht erkennbar, wie diese geschlossen werden solle. Ihm erscheine es so, als ob die Landesregierung über die Landtagswahl 2017 möglichst leicht hinwegkommen und diese Fragen auf die Zeit danach verschieben wolle.

Die politische Bewertung sehe er ähnlich wie Dr. Optendrenk: Seit vielen Jahren werde aus vielen Indikatoren deutlich, dass Nordrhein-Westfalen weniger Wachstumsdynamik habe als andere Bundesländer. Genau das sei die Herausforderung, die sein Fraktionsvorsitzender mit „Entfesselungsimpuls“ beschrieben habe. Wenn man eine Regierung habe, die alles reguliere und dadurch vieles abwürge, die die Hochschulfreiheit einschränke und damit erreiche, dass weniger Drittmittel generiert würden, die mit Klimaschutzvorgaben und mit dem Tariftreue- und Vergabegesetz Regelungen schaffe, die nicht handhabbar seien und ein Monster an Bürokratie erzeugten, dann seien das alles Erdrosselungsinstrumente für wirtschaftliche Dynamik und Prosperität, und dann dürfe man sich nicht wundern, wenn Nordrhein-Westfalen bei den wesentlichen Indikatoren zurückfalle.

Wenn der Finanzminister sage, dass er die Einnahmenseite verbessern wolle, dann habe er durchaus auch die Unterstützung der FDP-Fraktion, wenn es darum gehe, die nordrhein-westfälischen Interessen bei der Austarierung des Finanzausgleichs mehr zu berücksichtigen. Der einfachste Weg, mehr Einnahmen zu generieren, bestehe für die Landesregierung jedoch darin, nicht Menschen gegen sich aufzubringen, indem sie die Grunderwerbsteuer erhöhe, sondern durch ein wirtschaftliches Klima dafür zu sorgen, dass mehr umgesetzt werde und so bei konstanten Steuersätzen auch für das Land mehr Ertrag entstehe.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE) findet die Dreistigkeit, mit der Herr Witzel die Arbeit von Beschäftigten der Landesregierung mit Füßen trete, nicht in Ordnung. Herr Witzel habe von „sogenannten Nachhaltigkeitsberichten“ gesprochen. – Dazu dürfe er feststellen, dass die Nachhaltigkeitsberichterstattung im Wesentlichen auf Initiative des Finanzministers Dr. Linssen zustande gekommen sei, dass Frau Freimuth die

Haushalts- und Finanzausschuss (60.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:
Unterausschuss „Personal“ des HFA (26.)

30.10.2014

ei-jo

Kautelen mit erarbeitet habe und dass die Struktur, die die Landesregierung mit Zahlen fülle, im Einvernehmen aller Fraktionen erstellt worden sei. Mit seiner Äußerung zeige Herr Witzel, dass es ihm nur darum gehe, draufzuhauen – und das halte er für unerträglich.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wenn Herr Witzel vortrage, dass seit Jahren die Wachstumsimpulse missachtet würden, sei das genauso Humbug, als wenn er vortragen würde, Nordrhein-Westfalen sei unter der CDU/FDP-Regierung beim Länderfinanzausgleich zum ersten Mal Nehmerland geworden. So, wie Herr Witzel arbeite – beim Berichterstattergespräch frage er beispielsweise immer wieder, was sich in einem Haushaltsansatz von 30.000 € verstecke –, müsse man sich nicht wundern, dass er sich bei seinen Gedankenverflechtungen in Einzelheiten verheddere und das Ganze nicht mehr erkennen könne.

Herr Witzel habe auch unerwähnt gelassen, dass Prof. Döhrn in der Anhörung auf mehrfache Nachfragen ausdrücklich gesagt habe, dass die Energiewende einen starken Einfluss auf die Steuereinnahmen in Nordrhein-Westfalen haben könne und dass die derzeitigen Schwankungen bei den Steuereinnahmen keinen Anlass böten, weitgehende Rückschlüsse zu ziehen. – Insofern sei es unsinnig, zu fordern, die mittelfristige Finanzplanung anzupassen. Kein Finanzminister vor Herrn Walter-Borjans habe einen Nachtragshaushalt zum Anlass genommen, die mittelfristige Finanzplanung zu überarbeiten.

An den Ausführungen Dr. Optendrenks habe ihn schon gewundert, dass dieser sich das Schwarzmalierlied seines Fraktionsvorsitzenden – der betone, dass Nordrhein-Westfalen auf dem letzten Platz liege, und alles tue, um das Land schlechtzureden – zu eigen mache.

Ihn ärgere auch sehr, wie die CDU mit dem Thema „Kommunalfinanzierung“ umgehe. Herr Kuper werfe dieser Landesregierung vor, die Kommunen im Stich zu lassen. Wenn CDU und FDP aber so weiterregiert hätten wie zwischen 2005 und 2010, hätten die Kommunen 5 bis 8 Milliarden € mehr Schulden und keine Perspektive, ihre Haushalte jemals auszugleichen. Es sei erstmals unter Rot-Grün gelungen, Sanierungsprogramme vorzulegen, die auch exekutiert würden, was zwar Auseinandersetzungen zwischen Kommunen und Kommunalaufsicht mit sich bringe, aber letztlich dazu führe, dass ein Sanierungskurs erreicht werde.

Seine Fraktion werde dem Nachtragshaushaltsentwurf zustimmen.

Vorsitzender Christian Möbius nimmt die Abstimmungen vor:

Der **Unterausschuss „Personal“ empfiehlt** mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den **Personaletat** des Nachtragshaushaltsgesetzentwurfs 2014 unverändert **anzunehmen**.

Haushalts- und Finanzausschuss (60.) (öffentlicher Teil)
zu TOP 3 und 4 gemeinsame Sitzung mit:
Unterausschuss „Personal“ des HFA (26.)

30.10.2014

ei-jo

Der **Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt** dem Landtag ebenfalls mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, der FDP und der Piraten, den Nachtragshaushaltsgesetzentwurf Drucksache 16/6700 unverändert **anzunehmen**.

